

Gefährlich billiges Öl

Der Kursrutsch an den Rohstoffbörsen stürzt zahlreiche Staaten und einige Energiefirmen in Geldnot / Eine neue Finanzkrise droht laut Experten deshalb aber nicht

VON CHRISTIAN MIHATSCH
UND ROLF OBERTREIS

BANGKOK/FRANKFURT. Der Ölpreis ist im vergangenen halben Jahr um fast ein Drittel gefallen. Der Schmierstoff der Weltwirtschaft bleibt laut vielen Experten noch länger billig. Das sorgt für Löcher in den Staatsbudgets von Förderländern wie Russland. Und es erschwert den Frackingfirmen in den USA die Geschäfte. Manche sorgen sich schon um die Stabilität des Finanzsystems und fühlen sich an frühere Krisen erinnert. Doch zur Panik besteht kein.

„Alle Gespräche begannen und endeten mit dem Ölpreis“, erzählt David Kostin von der US-Bank Goldman Sachs über seinen Besuch vor Kurzem in Texas, wo die Ölindustrie der wichtigste Wirtschaftszweig ist. Dort, im Süden der USA, seien viele Industrielle der Ansicht, so Kostin, dass der Ölpreis auf Jahre hinaus unten bleiben werde. Es könnte gar noch schlimmer kommen. Die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris erwartet, dass Öl noch preiswerter wird. „Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage deutet darauf hin, dass der Preisverfall noch nicht beendet ist“, schreiben die Experten. Dabei ist der Preisverfall seit Juni bereits beträchtlich. Ein mit 159 Litern gefülltes Fass der Nordsee-Öl-Sorte Brent kostete damals noch fast 115 Dollar, jetzt sind es noch knapp über 80 Dollar.

Laut IEA hat „ein neues Kapitel in der Geschichte des Ölmarkts begonnen“. Einerseits fragen China und Europa weniger nach als prognostiziert. Andererseits wächst das Angebot, etwa durch das massenhafte Fracking in den USA – die umstrittene Gewinnung von Schieferöl durch den Einsatz von Chemikalien. Die weltgrößte Volkswirtschaft hat in den vergangenen sechs Jahren mit Fracking ihre Ölproduktion um 70 Prozent gesteigert.

Die Opec ist zerstritten wie eh und je

Mit Spannung wird nun ein Treffen der in der Opec organisierten Ölproduzenten an diesem Donnerstag in Wien erwartet. Dort könnten die Minister des Energiekartells beschließen, weniger Öl aus dem Boden zu holen, um den Preisverfall zu stoppen. Ein solcher Beschluss aber gilt als unwahrscheinlich, denn die Solidarität der Kartellmitglieder untereinander ist traditionell wenig ausgeprägt.

Derzeit fördern die Opec-Länder zusammen 30,6 Millionen Fass pro Tag – statt der vereinbarten 30 Millionen. „Der Druck auf die Opec nimmt zu, die Produktion zu kürzen. Aber im Moment scheint es keinen Konsens über einen formellen Produktionsschnitt zu geben“, schreibt die IEA. Wenig Hoffnung hat auch der ira-



Geldnot statt Goldrausch? Das Fracking (wie hier in den USA) lohnt sich umso mehr, je teurer Öl ist. Im Moment ist es sehr billig, ...

nische Ölminister Bijan Zanganeh: „Zum vorherigen Ölpreis (von weit über 100 Dollar pro Fass) zurückzukehren, ist schwierig. Aber wir sollten den Preis so stark verändern, wie es die neue Marktsituation erlaubt.“ Zu diesem Zweck üben sich die Opec-Minister seit einigen Tagen in hektischer Reisediplomatie. Außerdem soll das Nicht-Opec-Mitglied Russland am Wiener Treffen teilnehmen.

Das Problem aus Sicht fast aller Förderländer: Sie sind finanziell chronisch klamm und brauchen deshalb die Öleinnahmen. Sie haben wenig Spielraum, die Fördermenge zu senken, ohne Löcher in ihre Staatshaushalte zu reißen. Einzig Saudi-Arabien könnte seine Produktion deutlich drosseln, ohne das Staatsbudget zu gefährden. Doch das Wüstenkönigreich hat bereits angedeutet, dass es nicht bereit ist, auf Marktanteile zu verzichten.

Warum sind die Saudis so hartleibig? Macher Beobachter glaubt an eine Art Ge-

heimpakt mit den USA. Die beiden Länder hätten demnach vereinbart, den Ölpreis zu drücken, um Russland und dem Iran zu schaden. Russland braucht einen Ölpreis von 114 Dollar, der Iran von 136 Dollar, um den Staatshaushalt auszugleichen. Der russische Präsident Wladimir Putin hat den Ölpreisverfall jüngst als katastrophal bezeichnet. Der Iran muss die Reserven seines Staatsfonds anzapfen, um die Einnahmeausfälle auszugleichen.

Falls es den Pakt zwischen Washington und Riad gibt, erreicht er das Gewollte. US-Außenminister John Kerry stellte jüngst die Existenz der Absprache nicht in Abrede, als er danach gefragt wurde. Er antwortete vielsagend: „Die Saudis sind sich sehr, sehr bewusst, dass sie die Möglichkeit haben, den Ölpreis zu beeinflussen.“

Doch ob sich Amerikaner und Saudis in der Energiepolitik in jeglicher Hinsicht einig sind, bezweifeln Branchenkenner. Sie glauben daran, dass Saudi-Arabien gegen die neue, ungeliebte Konkurrenz zu Felde zieht: die Frackingfirmen in den USA. Das Fracking ist technisch aufwändig und daher teuer. Er lohnt sich nur, wenn der Ölpreis hoch ist. Ein sehr tiefer Preis könnte Frackingfirmen aus dem Markt drängen.

In Saudi-Arabien kostet die Förderung von einem Fass Öl umgerechnet sechs Dollar. Für die Frackingfirmen liegen die Kosten bei 40 bis 100 Dollar je Fass. Die US-Bank Citi schreibt in einer neuen Studie, dass der Ölpreis von derzeit etwa 80 auf 50 Dollar sinken müsste, bevor die US-Ölproduktion erheblich zurückgeht.

Trotzdem nimmt schon jetzt in der US-Öl- und Finanzindustrie die Nervosität zu. Der Grund ist die Art und Weise, wie die oft recht kleinen Frackingfirmen ihre Geschäfte finanzieren. Sie haben ihre Pumpen zu einem großen Teil auf Pump finanziert – mit Ramschanleihen, sogenannten Junk-bonds. Diese Anleihen zeichnen sich durch hohe Zinsen aus, aber auch durch ein entsprechend hohes Risiko. Der Anteil von Energiefirmen am Markt für Junk-bonds ist in den vergangenen vier Jahren deutlich gestiegen, von 5 auf 15 Prozent. Außerdem hat sich das Volumen dieses Segments des Finanzmarktes seit 2008 verdreifacht. Die Deutsche Bank hat einen Stresstest für den Junk-Bond-Markt durchgeführt. Falls der Ölpreis auf 60 Dollar fällt, drohe ein Drittel der Anleihen auszufallen. „Ein Schock dieser Größenordnung könnte ausreichen, um eine breitere Welle an Anleiheausfällen auszulösen“, so die Bank.

Zudem droht den verschuldeten Frackingfirmen von anderer Seite Unge- mach. Wegen der niedrigen Kreditzinsen an den Märkten können sie sich bislang sehr günstig Geld borgen. Nun beginnt aber die US-Notenbank behutsam damit, ihre Politik des ultrabiligen Geldes zu beenden. Damit steigen die Kreditzinsen. Die Frackingfirmen müssen daher mehr Geld für den Schuldendienst aufwenden. Dies ruft bei manchem Erinnerungen an

die Finanz- und Wirtschaftskrise wach, die 2007 auf dem US-Immobilienmarkt ihren Anfang nahm, wo eine Blase platzte. In der Folge brach der Markt für Ramschhypotheken (Subprime) ein, was die Bank Lehman Brothers in die Pleite riss und das globale Finanzsystem an den Rand des Abgrunds brachte.

Aber Parallelen zwischen einer möglichen Ölpreiskrise und der Subprime-Krise halten viele Beobachter für gewagt. Es sind heute viel weniger Ramschanleihen von Frackingfirmen ausstehend als damals Ramschhypotheken im Immobiliensektor. Den meisten Käufern von Junk-bonds ist heute das Risiko bewusst, während viele Subprime-Hypotheken damals so geschickt zu Kreditpaketen gebündelt wurden, dass sie – fälschlicherweise – als absolut sicher galten. Auch halte die Banken heute weniger Ramschpapiere als früher, da sie diese mit mehr wertvollem Eigenkapital unterlegen müssen. Zudem stimulierte ein niedriger Ölpreis tendenziell die Realwirtschaft, was für die meisten anderen Junk-bonds positive Auswirkungen haben dürfte. Die US-Bank Citi schätzt, dass der Ölpreisverfall der vergangenen Monate einem Konjunkturpaket von 1,5 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung entspricht. Für Horrorszenarien besteht demnach kein Anlass.

Experte: Parallelen zur Krise 2007/08 sind weit hergeholt

Auch Eugen Weinberg, Rohstoffanalyst der Commerzbank und ein Kenner der Szene, warnt vor Panikmache. Natürlich könnten einige Firmen, die in den USA massiv im Frackinggeschäft aktiv seien, in Not geraten, weil der Ölpreis auf Talfahrt ist. „Aber das Problem ist bei weitem nicht so gigantisch, wie manche glauben machen wollen.“ Vergleiche mit der Subprimekrise in den USA, als überwertete Hauskredite, die nicht mehr bedient und zurückgezahlt werden konnten, eine globale Finanzkrise auslösten, hält auch Weinberg für weit hergeholt. Die Frackingbranche sei sehr spezifisch mit sehr vielen kleinen Firmen. Außerdem gebe es keine klare Schmerzgrenze für den Ölpreis, unter der sich Fracking nicht mehr lohne und zu einem Verlustgeschäft werde. „Der Schmerzpunkt kann bei 80 Dollar je Barrel liegen, bei 70 oder auch nur bei 50. Das weiß niemand genau.“ Weinberg zufolge ist sie bei jeder Firma anders gelagert. Bekannt sei, dass vier Prozent der Frackingfirmen einen Preis von mehr als 80 Dollar benötigten, um profitabel arbeiten zu können. Mit anderen Worten: 96 Prozent aller Frackingfirmen können mit dem heutigen Ölpreis leben.



... was manchen an den Börsen wie hier in New York besorgt. FOTOS: DPA

KURZ GEMELDET

PWO verliert an Fahrt

Der südbadische Autozulieferer Progress-Werk Oberkirch (PWO) hat die Geschäftserwartungen gedämpft. 2014 werde das im Sommer bereits nach unten revidierte Umsatzziel von 385 Millionen Euro „eher unter- als überschreiten“, sagte Finanzvorstand Bernd Bartmann der *Börsen-Zeitung*. Der Markt habe sich abgekühlt, die Produktion einiger Produkte liefe verzögert an. „Beim Ebit (dem Gewinn vor Zinsen und Steuern) werden wir eher am unteren Ende der Spannbreite von 20 bis 21 Millionen Euro liegen.“ Damit bliebe das Ebit unter dem Vorjahreswert von 22,3 Millionen Euro. Bartmann sprach von einer „unglücklichen Zusammenballung negativer Entwicklungen“. Grundsätzlich zeigte er sich aber optimistisch. Bis 2016 will der Betrieb, der im Ausland stärker wachse als im Inland, 100 Millionen Euro investieren. *bür*

Streik bei Kik geht weiter

Der seit vergangener Montag dauernde Ausstand im Zentrallager des Textildiscounters Kik im nordrhein-westfälischen Bönen soll diese Woche weitergehen. Das kündigte ein Sprecher der Gewerkschaft Verdi an. Verdi will erreichen, dass alle Tarifverträge des NRW-Einzelhandels für die Kik-Logistik-Beschäftigten Anwendung finden. Das derzeitige Geschäftsmodell bei Kik sei auf „Lohn-dumping und niedrige Sozialstandards“ ausgerichtet, so Verdi. *dpa/AFP*

Bahnstreik im Advent?

Bei der Bahn könnte es in der Adventszeit zu Arbeitsniederlegungen kommen. „Es liegt am Arbeitgeber. Wir können auch vor Weihnachten noch streiken, wenn wir nicht vorankommen“, sagte der Chef Gewerkschaft EVG, Alexander Kirchner, dem *Focus*. Ein Streik könne

auch parallel zu Lokführerstreiks der GDL stattfinden. Allein die Beschäftigten in der Stromversorgung der Bahn und in den Stellwerken könnten das gesamte Netz blockieren. Dann würde der Bahnverkehr stillliegen. Vom 3. Dezember an seien Warnstreiks denkbar. Eine Sprecherin der Bahn sagte: Erst seit kurzem liege ein neues Angebot der Bahn vor; „bevor eine Gewerkschaft das Angebot überhaupt gelesen hat, schon mit Streiks zu drohen, ist unverständlich.“ *dpa*

Proteste vor der EZB

Etwa 80 Anhänger des kapitalismuskritischen Blockupy-Bündnisses haben nach einer friedlichen Demonstration den Neubau der Europäischen Zentralbank in Frankfurt mit Farbbeuteln und Steinen beworfen. Dabei wurden am Samstag mehrere Polizisten und Demonstranten leicht verletzt. An der vorausgegangen Demonstration unter

dem Motto „Umzug zur neuen EZB – wir packen mit an!“ hatten sich laut Polizei 2000 Menschen beteiligt. Für die offizielle Eröffnung des EZB-Neubaus am 18. März 2015 kündigte das Bündnis an, die Straßen rund um den Eurotower blockieren und „das Event der Macht und des Kapitals“ unterbrechen zu wollen. „Die EZB ist eine der treibenden Kräfte der sozialen Verelendung der europäischen Bevölkerung“, sagte ein Sprecher zur Begründung. *dpa*

Christbaumpreise stabil

Vier Wochen vor Weihnachten hat der Tannenbaumverkauf begonnen. Die Preise lägen stabil auf dem Niveau des Vorjahres, sagte der Sprecher des Bundesverbandes der Weihnachtsbaumerzeuger, Hans-Georg Dreßler. Die bei den Deutschen besonders beliebte Nordmanntanne kostet demnach zwischen 16 und 22 Euro pro Meter. Die Preise

für Blaufichten lägen zwischen zehnten und 14 Euro pro Meter, für Rotfichten zwischen sieben und neun Euro. *AFP*

Puma will keine Chemie

Der Sportartikelhersteller Puma will gefährliche Chemikalien aus Kleidung und Schuhen verbannen. Bis Ende 2017 sollen in sämtlichen Produkten per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC) nicht mehr vorkommen, teilte die weltweite Nummer Drei der Branche mit. PFC machen etwa Regenjacken schmutz- und wasserabweisend, können aber das Immunsystem und die Fortpflanzung schädigen. Umweltschützer zeigten sich erfreut. „Angesichts der gravierenden Trinkwasserverschmutzung in den asiatischen Produktionsländern ist das ein großer Schritt in Richtung einer giftfreien Zukunft“, begrüßte Greenpeace-Experte Manfred Santen die Ankündigung von Puma. *dpa*